

DAS JAPANISCHE PREUSSEN- BILD IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

NAKAI Akio

1. EINLEITUNG

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland vertrat unser Klassenlehrer in der Volksschule noch die Ansicht, Japan sei das Großbritannien Asiens. Beide Staaten bestünden aus Inseln, nicht weit vom Festland entfernt. Außerdem habe sich Japan im 19. Jahrhundert, zwar etwas später als England, aber doch als erstes unter den asiatischen Ländern, zu einem modernen Industriestaat entwickelt.

Ähnlich hatte sich schon 1764 Immanuel Kant in seinen Betrachtungen über die „Nationalcharaktere, insofern sie auf dem unterschiedlichen Gefühl des Erhabenen und Schönen beruhen“, bezüglich Japans geäußert:

Die Japonese(n) können gleichsam als die Engländer des Welttheils angesehen werden, aber kaum in einer anderen Eigenschaft, als ihrer Standhaftigkeit, die bis zur äußersten Halsstarrigkeit ausartet, ihrer Tapferkeit und Verachtung des Todes (KANT 1968: 252).

Oftmals aber wurden die Japaner auch mit den Preußen verglichen, da sie angeblich genauso standhaft und tapfer seien. Noch in den 1960er Jahren hörte ich in Deutschland die Beurteilung der Japaner als „Preußen Ostasiens“, und die „Waffenbrüderschaft“ im Zweiten Weltkrieg verklärte so manches Mal den Blick für den gemeinsamen Weg in die Katastrophe.

Ähnlich positiv war die Haltung Japans gegenüber dem Verbündeten während der gemeinsamen Kriegführung von Hochachtung geprägt, die aber auch propagandistisch mißbraucht wurde. Die Streitkräfte der Achsenmächte waren schon zwei Jahre nach dem Beginn des Pazifischen Krieges in eine aussichtslose Lage geraten, und für Japan war das Mutterland selbst der Gefahr amerikanischer Luftangriffe ausgesetzt, nachdem die Amerikaner die Marianen-Inseln im Juni 1944 erobert hatten. Es ist mir noch deutlich in Erinnerung, daß ich damals als Siebzehnjähriger im japanischen Rundfunk folgenden Kommentar hörte: Der König von Preußen, Friedrich II., habe sich im Siebenjährigen Krieg trotz mehrerer schwerer Niederlagen gegen die Österreicher und Russen hartnäckig verteidigt und mit letzten Kräften weitergekämpft. Dann sei eine für

Preußen günstige wundersame Wendung eingetreten. Es sei daher nicht besiegt worden, sondern habe sich als Großmacht in Europa neu etablieren können. Auch die Japaner dürften auf den endgültigen Sieg nie verzichten. Ähnlich äußerte sich die Presse im Dezember 1944 zum dritten Jahrestag des Kriegsausbruchs (*Yomiuri Hōchi* 8.12.1944). So wurde das Preußen des 18. Jahrhunderts – ähnlich wie im nationalsozialistischen Deutschland – für die Durchhaltepropaganda mißbraucht. Mit historischen Bezügen versuchte der japanische Rundfunk – und auch das ist mir deutlich in Erinnerung geblieben – auch den Untergang des „Dritten Reiches“ im Mai 1945 herunterzuspielen: Deutschland habe in seiner Geschichte schon viele Niederlagen erlitten, sei aber immer wieder auferstanden. Auch dieses Mal werde es sich wieder wie ein Phönix aus der Asche erheben.

Drei Monate später mußte Japan selbst auch die bedingungslose Kapitulation hinnehmen, und das ganze Land wurde durch alliierte Truppen besetzt. Die Maßnahmen des Generalhauptquartiers führten zu grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur Japans, die ganz offensichtlich nur durch den Druck der Siegermächte möglich waren.

2. DIE AUFNAHME DER PREUSSISCH-JAPANISCHEN BEZIEHUNGEN

Im Unterschied zu Deutschland aber konzentriert sich die Auffassung von einer Verbundenheit beider Völker in Japan nicht nur auf den Zweiten Weltkrieg, sondern reicht bis in die eigene Modernisierungsphase im 19. Jahrhundert zurück, als Preußen-Deutschland auf vielen Gebieten zum Lehrmeister geworden war. Dazu sollen nachfolgend einige Beispiele angeführt werden, die aber nicht erschöpfend behandelt sind, da sie von anderen Autoren eingehend erörtert werden.

In der Geschichte findet man häufig Beispiele dafür, daß sich der politische, soziale und wirtschaftliche Umbruch eines Landes unter massivem Druck überlegener fremder Mächte vollzogen hat. Japan hatte schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine solche Entwicklung erfahren, ausgelöst durch den westlichen Einfluß. Es war 1854 durch die „Kanonenboot-Politik“ der fünf Mächte USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und Holland gezwungen worden, seine Häfen zu öffnen, und mußte vier Jahre später außerdem Handelsverträge abschließen.

Im November 1867 übergab der Shogun, der die Stellung eines Majordomus gegenüber dem Tenno innehatte, freiwillig die Regierungsgewalt an den sechzehnjährigen Kaiser Mutsuhito. Die Meiji-Ära (1868–1912), wie die Periode seiner Herrschaft genannt wurde, stand im Zeichen eines

Modernisierungsprozesses, der eine totale Wende in der durch Selbstisolierung geprägten politischen Tradition Japans bedeutete. Der junge Kaiser erklärte 1868, daß „Wissen in der ganzen Welt gesucht werden solle“. Die Japaner nahmen sich in der Folge die westlichen Mächte, die eben noch als feindliche Barbaren gegolten hatten, zum Vorbild ihrer Modernisierung. Die Reformparole hieß nun: „Macht das Land reich und stärkt die Armee“. Der Feudalismus wurde abgeschafft und die Verwaltung zentralisiert. Dann leitete die Regierung den allmählichen Übergang zu einem konstitutionellen Regierungssystem ein.

Zu dieser Zeit bestanden bereits Beziehungen zu Preußen, das 1860–62 eine Expedition nach Ostasien entsandt hatte. Dabei war es dem Gesandten Graf zu Eulenburg gelungen, am 24. Januar 1861 mit der damaligen Shogunatsregierung einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen.

Zwei Jahre nach seiner Gründung unter der Führung Preußens schloß dann der Norddeutsche Bund am 20. Februar 1869 mit Japan einen Vertrag ab, durch den das Abkommen von 1861 auf ein größeres Gebiet ausgedehnt wurde. Am 1. Mai 1871 teilte der Geschäftsträger Max von Brandt dem Kaiser mit, der König von Preußen sei zum deutschen Kaiser erhoben worden. Diese Entwicklung dürften die Japaner als ganz natürlich empfunden haben, war doch Preußen die dominierende Macht in Deutschland und assimilierte die anderen Länder nach und nach, so daß man von einer „Verpreußung“ sprechen konnte.

3. DIE MODERNISIERUNGSVERSUCHE

Schon vor 1868 war eine Anzahl ausländischer Techniker durch die Shogunatsregierung und durch einige *daimyō* [Lehnsherrn] angestellt worden. Mit dem Beginn der Meiji-Zeit aber hatte die neue Regierung sehr viel mehr Ausländer als Berater, darunter auch Militärs, sowie Universitäts- und Schullehrer neben Angehörigen anderer Berufe nach Japan eingeladen.

Die Beiträge der Deutschen sind neben Gebieten wie Medizin, Naturwissenschaften, Forstwirtschaft, Musik und Schulwesen besonders in der Armee und im Staatsrecht zu finden. Zur selben Zeit wurden Japaner nach Europa und Nordamerika geschickt, um vom „Westen“ zu lernen. Auch eine japanische Regierungsdelegation besuchte das Ausland, die 1872 unter Iwakura Tomomi eine Studienreise nach Amerika und Europa antrat. Dieser Mission gehörten neben Iwakura selbst so prominente Politiker wie Ōkubo Toshimichi, Kido Takayoshi, Itō Hirobumi und mehrere Beamte sowie Studenten an. Die Japaner hielten sich im März 1873

drei Wochen lang in Berlin auf. Ihr Besuch gab den Japanern die Gelegenheit, Preußen bzw. Deutschland gründlicher kennenzulernen. Sie erkannten, daß erst in den vorausgegangenen Jahren in Preußen ein Wandel der inneren Struktur vom Agrar- zum Industriestaat stattgefunden hatte und daß der König, der inzwischen zum deutschen Kaiser ernannt war, die Einheit des Landes hergestellt und einen autoritären Obrigkeitsstaat geschaffen hatte. In dem Bericht der Gesandtschaft heißt es: „Mit seiner Regierungsmaxime scheint Preußen für uns bei weitem nützlicher zu sein als Großbritannien und Frankreich“ (KUME 1979: 298).

Am 11. März 1873 wurden die Japaner von Kaiser Wilhelm I. in Audienz empfangen. Vier Tage später lud Reichskanzler Otto von Bismarck die prominenten Staatsmänner Iwakura und Itō sowie andere führende Mitglieder der Sondergesandtschaft ein, wobei er folgende Rede hielt:

Alle Staaten der Erde verkehren höflich und freundschaftlich, aber das ist alles nur rein äußerlich. In Wahrheit denken die Regierungen ganz anders: von dem stärkeren Staat wird immer ein Druck auf den schwächeren ausgeübt, der kleine wird vom großen verachtet. Wie Sie wissen, war unser Preußen, als ich noch jung war, arm und schwach; von Jugend auf war es mein beständiger Gedanke: wir müssen emporkommen und groß werden. Das Völkerrecht bezweckt, die rechtliche Ordnung der einzelnen Staaten zueinander aufrecht zu erhalten; wenn aber ein großes Reich Differenzen mit einem anderen Staate hat, dann wird es alles dem Völkerrecht entsprechend machen, vorausgesetzt, daß dies für es vorteilhaft ist; wenn dies aber nicht der Fall ist, dann will es vom Völkerrecht nichts wissen und vertritt seine Ansprüche mit Gewalt. Das kleine Land kann aber mit Gewalt gar nichts ausrichten und muß immer nach den Bestimmungen des Völkerrechts handeln. Das kleine Reich befindet sich deshalb immer im Nachteil und in einem traurigen Zustande und kann sich nicht mit eigener Macht schützen. Unser Preußen war als kleiner, schwacher Staat lange Zeit in solch bedauernswertem Zustand, deshalb haben wir uns alle erdenkliche Mühe gegeben, mit den anderen Staaten auf die gleiche Stufe zu kommen. Dazu haben wir die Vaterlandsliebe auf jede erdenkliche Art gefördert und dadurch haben wir unser Ziel bis zum heutigen Zustande erreicht, aber wir streben noch weiter. [...] England und Frankreich haben im Auslande immer Eroberungen gemacht und ihren Kolonialbesitz vergrößert, worüber sich andere Staaten sehr ärgern. Aller Freundlichkeit der europäischen Mächte kann man kein Vertrauen entgegenbringen. Die Zustände in Ihrem Lande, meine Herren, sind

so, wie sie vor Jahren hier in Preußen waren. Ich kann mich in die Verhältnisse ganz gut hineindenken, weil ich in einem kleinen und schwachen Lande, das sich langsam auf den heutigen Standpunkt emporgeschwungen hat, geboren bin. Wir schützen unsere Rechte und unsere Selbsterhaltung. Japan befindet sich in derselben Lage, und wegen dieser Verhältnisse müssen wir besonders freundschaftlich verkehren (BISMARCK 1926: 64f).

Die Delegation versuchte auf ihrer Reise, wenn auch vergeblich, die Zusage der westlichen Länder für eine Revision der sogenannten „ungleichen Verträge“ zu erreichen, die Japan exterritoriale Rechtssprechung und niedrige Zölle auferlegt hatten. Dieser Mißerfolg spornte die japanische Regierung an, die Modernisierung des Landes zu beschleunigen. Vor allem bemühte sie sich während der ersten Jahrzehnte der Meiji-Zeit, die Stärke der Nation auf einer pragmatischen Grundlage aufzubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, war Ōkubo, einer der einflußreichsten Männer in der Regierung, der Ansicht, daß Japan gerade zu jener Zeit autoritär regiert werden sollte. Man war allgemein der Überzeugung, daß nur eine starke patriarchalische Regierung das Land mit seinem rückständigen Volk auf den Weg zur Großmacht führen könnte.

4. HEERESREFORM

Vorrangige Aufgabe war es, ein modernes Heer zu schaffen. Schon von der ausgehenden Shogunatszeit bis zur frühen Meiji-Ära, d.h. bis in die 1870er Jahre hinein, beriet die französische Regierung, zunächst unter Napoleon III., das japanische Militär. Selbst der deutsche Sieg über Frankreich 1871 änderte daran noch nichts. Im Jahre 1873 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Der Übergang der Militärwissenschaft von der französischen auf die preußische Armee ist dem Heeresoffizier Katsura Tarō zuzuschreiben (General 1898, Premierminister während des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05, 1911 zum Fürsten ernannt). Er sorgte auch dafür, daß in Japan ein Generalstab aufgebaut wurde und diesen nach preußischem Muster die Unabhängigkeit von der Regierung gesichert wurde, eine Kriegsakademie gegründet und ein deutscher Offizier als Lehrer angeworben wurde, Major Klemens Wilhelm Jakob Meckel.

5. DAS MODERNE RECHTS- UND VERFASSUNGSWESEN

Um durch effektive Modernisierungsbestrebungen einen gleichberechtigten Platz in der internationalen Staatenwelt zu erringen, war auch die grundlegende Reform des Rechts- und Verfassungswesens unbedingt nötig. Itagaki Taisuke, der 1873 aus der Regierung austrat, reichte im folgenden Jahr beim Kaiser ein Gesuch um die Errichtung repräsentativer Institutionen ein. Er gründete 1881 Japans erste politische Partei, die Jiyūtō [Liberale Partei]. Ōkuma Shigenobu, der nach seiner Tätigkeit als Regierungsmitglied im gleichen Jahr ebenfalls eine politische Gruppe namens Kaishintō [Reformpartei] gründete, schlug dem Tenno vor, zwei Jahre später eine gesetzgebende Versammlung zu eröffnen. Das Jahr 1883 wurde jedoch von den meisten anderen Staatsmännern als verfrüht angesehen. Der 12. Oktober 1881 brachte dann aber den kaiserlichen Erlaß, 1890 das erste Parlament zu eröffnen.

Auch die Rechtskunde hatte ursprünglich unter französischem Einfluß gestanden. Strafgesetz, Polizei- oder Gefängniswesen waren von Franzosen nach dem Modell ihres eigenen Landes eingerichtet worden. Dann aber gelang es einigen japanischen Juristen, die in Deutschland studiert hatten, auch deutsche Rechtslehrer nach Tōkyō zu berufen. In den Bestrebungen, aus verschiedenen Staatssystemen der westlichen Länder die für Japan passende Verfassung zu suchen, fand Itō Hirobumi (erster Premierminister Japans 1885–88, 1906 zum Fürsten ernannt) sie in Preußen-Deutschland, das er wegen seiner konservativen – um nicht zu sagen: reaktionären – Struktur bewunderte. Der von ihm verehrte Bismarck gewährte ihm mehrere Unterredungen, und schließlich sollte Itō sogar von Kaiser Wilhelm I. empfangen werden.

In einem Brief Itōs an Iwakura vom 11. August 1882 lesen wir:

Ich habe den beiden berühmten Wissenschaftlern Prof. von Gneist und Prof. von Stein aufmerksam Gehör geschenkt, um das für die Stärkung der kaiserlichen Souveränität in Japan geeignete Staatssystem kennenzulernen. Heutzutage gibt es in Japan eine gefährliche Neigung, einseitig den radikal-liberalen Büchern der englischen, amerikanischen und französischen Autoren zu vertrauen, und damit unser Land an den Rand eines tödlichen Abgrundes zu führen. Ich glaube aber, daß wir jetzt die Theorie und die Mittel gegen diese gefährliche Tendenz in die Hand bekommen (ŌTSUKA 1977: 60).

Am Reichsgründungstag Japans, dem 11. Februar 1889, fand die feierliche Verkündung der ersten geschriebenen Verfassung statt, die Kaiser Meiji dem Premierminister Kuroda Kiyotaka übergab. Es ist sicher, daß sie unter dem Einfluß von Graf Itō aus dem preußisch-deutschen Staats-

recht viele Elemente entnommen hatte. Der als „heilig und unverletzlich“ bezeichnete Kaiser oktroyierte die Verfassung. Deswegen scheinen die Japaner seinerzeit generell der Ansicht gewesen zu sein, ihr eigener schöpferischer Geist habe dieses Produkt herbeigeführt, auch wenn der Preis die Trennung der Ideale gewesen sei, gleichzeitig den Staat zu stärken und die Freiheit des Volkes zu sichern.

6. DAS „GOLDENE ZEITALTER“ DER BEZIEHUNG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND JAPAN

Die zwanzig Jahre zwischen 1870 und 1890 wurden oft als das „Goldene Zeitalter“ der deutsch-japanischen Beziehungen bezeichnet. In dieser Zeit hegten die Japaner eine starke Sympathie für alles „Deutsche“. Der Aufschwung des Deutschen Reiches, der Sieg über Frankreich, die erstaunlichen Fortschritte in Industrie, Technologie und Wissenschaft und nicht zuletzt Persönlichkeiten wie Wilhelm I. und Bismarck machten einen starken Eindruck.

Georg Michaelis, der später, im Jahre 1917, zum Reichskanzler ernannt werden sollte, wirkte von 1885 bis 1889 als Dozent an der deutschen Rechtsschule in Tōkyō. Er selbst förderte die japanischen Sympathien für Deutschland durch Vorträge im Verein für deutsche Wissenschaften in Tōkyō, z.B. über „Die Vorzüge des deutschen Systems im Rechtsstudium“, „Die Vorzüge des deutschen Richterstandes in Deutschland im Vergleich mit England und Frankreich“, und „Die Erfüllung der Militärflicht, ein Mittel der Volkserziehung“ (BECKER 2001: 368, 414).

Die Interessen Deutschlands wurden durch den Gesandten Theodor von Holleben vertreten (Amtszeit 1886–91), der es in ausgezeichneter Weise verstand, den Aufgaben seines Amtes gerecht zu werden. Japanische Staatsmänner wie Yamagata Aritomo und Itō Hirobumi, Heeresminister wie Ōyama Iwao und Katsura Tarō sowie Spitzendiplomaten wie Aoki Shūzō (Außenminister 1898–1900) waren in der deutschen Gesandtschaft gerngesehene Gäste. Itō, der 1885 sein erstes Kabinett bildete und bei der Verkündung der Verfassung als Vorsitzender des Geheimen Staatsrates (*sūmitsuin*) fungierte, des kaiserlichen Beratungsorgans, wurde von den seinerzeit im Lande ansässigen Deutschen der „Bismarck von Japan“ genannt (BECKER 2001: 153).

Im Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/95 errang die japanische Armee große Erfolge, die von den Deutschen mitgefeiert wurden. Michaelis bemerkte nach diesem Krieg:

In fieberhaft übertriebener Tätigkeit hat es [Japan] im Zeitraum eines Menschenalters nachzuholen versucht, wozu andere Staaten Jahrhunderte gebrauchten. Die Erfolge sind erstaunlich. In seinem überraschend schnellen und siegreichen Kriege gegen China hat es aller Welt bewiesen, daß man auf dies Staatswesen, als auf einen modernen Kulturstaat, Rücksicht nehmen muß. Der Ehrgeiz Japans kennt nun keine Grenzen, sie wollen es dem starken monarchischen Preußen-Deutschland gleich tun in Heer und Marine und wollen in internationaler Politik den Erfolgen Englands nachstreben und von ihrem kleinen Inselreich aus die Hegemonie über die Staaten am Stillen Ozean erlangen (MICHAELIS 1898: 10).

Der deutschen Regierung aber wurde Japan langsam unheimlich. Der am 17. April 1895 in Shimonoseki mit China abgeschlossene Friedensvertrag sah unter anderem vor, daß Japan die Liaotung-Halbinsel in Besitz nahm. Eine Woche nach der Unterzeichnung aber fand die sogenannte „Tripelintervention“ statt. Rußland, Frankreich und Deutschland zwangen die Japaner, auf die Halbinsel zu verzichten, da sonst der „Friede des Fernen Ostens“ gestört würde. Der deutsche Gesandte Felix Freiherr von Gutschmid (Amtszeit 1892–97), der im Gegensatz zu seinem Vorgänger von Holleben eine tiefe Abneigung gegen Japan hegte, übergab die ins Japanische übertragene Note an Vizeaußenminister Hayashi Tadasu. Darin heißt es, Japan müsse nachgeben, da der Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos sei (GAIMUSHŌ 1969: 170).

Die für die Japaner unerwartete Teilnahme Deutschlands an der Dreimächte-Intervention veränderte die Favoriten-Stellung Deutschlands. Von nun an kühlte sich das amtliche Verhältnis spürbar ab. Michaelis schrieb in seinen Erinnerungen:

Dieser Eingriff hat als ein Stachel im Herzen Japans gesessen, und in der dem japanischen Volkscharakter eigenen Weise haben sie still und zielbewußt auf die Gelegenheit zur Rache gewartet (MICHAELIS 1922: 103).

7. DIE „GELBE GEFAHR“

Im Russisch-Japanischen Kriege brachen in der deutschen Öffentlichkeit wieder Sympathie und Bewunderung für Japan durch, das nach seinem Sieg tatsächlich die allgemeine Anerkennung als Großmacht erreichte. Damit aber war die Frage der Sicherung deutscher Interessen in Ostasien ernsthaft berührt.

Zwischen 1894 und 1905 verwandelte sich die Überheblichkeit vieler Europäer und Amerikaner in Angst vor der „Gelben Gefahr“, eine Entwicklung, die unglücklicherweise mit dazu beitrug, Mißtrauen und Antipathie gegen die Japaner zu verstärken. Der ehemalige langjährige Gesandte in Tōkyō, Max von Brandt (Amtszeit 1863–74), wies mit Argwohn auf die Expansionstendenzen Japans hin und mahnte die Europäer zum Zusammenhalt. Nach Brandt könnte China ein vielversprechendes Absatzgebiet für die deutsche Industrie werden, aber als gefährlicher Konkurrent trete dort Japan auf. Nach seinem Rücktritt aus dem aktiven Dienst beeinflusste Brandt, der sich wiederholt in aggressiver Form gegen Japan äußerte, als Ratgeber des Auswärtigen Amtes die deutsche Ostasienpolitik zwischen 1894–1900 mit. Seine provokative Tonart konnte bei Kaiser Wilhelm II. Widerhall finden, der dem „Neuen Kurs“ sein Gepräge aufdrückte. Ausschlaggebend für dieses Verhalten Deutschlands war die Absicht, sich stärker als bisher an Weltpolitik und Welthandel auch in Ostasien zu beteiligen (GOLLWITZER 1962: 77).

Bis dahin hegte man in Japan durchaus Sympathie für das Deutsche Reich. Auf der diplomatisch-politischen Ebene aber waren die japanischen Staatsmänner machtgierig und rachsüchtig. Im Jahre 1907 äußerte der japanische Außenminister Hayashi dem deutschen Botschafter – die Gesandtschaft war im Vorjahre zur Botschaft erhoben worden – Alfons Freiherr Mumm v. Schwarzenstein (Amtszeit 1906–11) gegenüber:

Die hiesige Stimmung gegen Deutschland stamme noch immer aus der Zeit der Beteiligung Deutschlands an der Intervention der drei Mächte im Jahre 1895. Ein Unglück sei es gewesen, daß damals gerade der sehr heftige Baron Gutschmid deutscher Vertreter gewesen sei, der mit Freuden die Gelegenheit ergriffen habe, Japan zu demütigen. Er, Hayashi, sei damals Vizeminister des Äußern gewesen und habe als solcher in Vertretung des erkrankten Grafen Mutsu die Erklärungen der drei Gesandten entgegengenommen. Die Form der Erklärungen sei wohl dieselbe gewesen, aber der französische Gesandte Harmand und selbst der russische, Hitrowo, hätten sich bei Abgabe ihrer Erklärungen einer durchaus versöhnlichen Sprache befleißigt, während Baron Gutschmid seiner eigentlichen Erklärung eine längere *schriftliche* Ausführung hinzugefügt habe, in der er – und er allein – unverblümt mit Krieg gedroht habe (*Große Politik*, Nr. 2307: 330–333).

Der Tag der „Rache“ sollte im Jahre 1914 kommen, selbst wenn Japan auch aus reinem Großmachtstreben, so wie es dieses verstand, ohnehin nicht anders gehandelt hätte. Es beteiligte sich zwei Wochen nach Kriegsbeginn am Ersten Weltkrieg, nachdem die Regierung in Tōkyō Deutsch-

land ein Ultimatum gestellt hatte. Admiral Alfred von Tirpitz schreibt in seinen Erinnerungen:

Am 15. August 1914 traf das japanische Ultimatum ein, dessen schroffer Wortlaut sehr ähnlich demjenigen unserer Shimonoseki-Note von 1895 gewesen sein soll (TIRPITZ 1919: 77).

Im November 1914 nahm Japan die deutsche Festung Tsingtau ein. Die deutsche Presse verdammte in mehreren Artikeln die Undankbarkeit der Japaner:

Es gibt kein Gebiet der Wissenschaft und Technik, der Kriegskunst und des Handels, auf dem Japan nicht ein Schüler Deutschlands ist. [...] Diese frechen Knirpse haben nichts allein geleistet, alles von uns abgelascht, mit der Verschlagenheit des echten Asiaten. Ihr ganzer Staat ist unser Werk (MATHIAS-PAUER 1984: 131).

8. IN DER WEIMARER ZEIT

Gut ein Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, Anfang 1920, nahm Japan wieder diplomatische Beziehungen zu Deutschland auf, und im Februar überreichte der neue deutsche Botschafter Wilhelm Solf in Tōkyō sein Beglaubigungsschreiben. Bald sah man, wie sich zwischen beiden Ländern lebendige kulturelle Aktivitäten entwickelten, darunter die Gründung des Deutschen Japaninstituts in Berlin 1920 und des Deutsch-Japanischen Kulturinstituts in Tōkyō 1927.

Schon kurz nach dem Ende des Weltkrieges schien Japan vor einer neuen Krise zu stehen. Georg Michaelis, dem es 1922 vergönnt war, das Land wieder zu besuchen, schrieb über die schädlichen Folgen der japanischen Kriegsgewinne:

Meine japanischen Freunde sahen sorgenvoll in die Zukunft. Eine unnatürlich vermehrte Industrie, geringe Möglichkeit der Umstellung überflüssig gewordener Betriebe, künstliche Hochschraubung der Lebenshaltung, eine unzufriedene Arbeiterbevölkerung, staatliche Steuer- und Finanzverhältnisse, die durch Kriegswirtschaft gesunde Maße verloren haben, das sind die Folgen des gewonnenen Krieges! (MICHAELIS 1923: 149)

Bisher, so meinte Michaelis, habe Japan die britische Politik als Modell angesehen. Doch er fragte sich nun, „ob (wohl) die Zeit kommt, daß Japan einsieht, daß eine Umstellung seiner Politik vom englischen Freundschaftsverhältnis auf eine andere Konstellation, bei der um Deutschland nicht herumzukommen ist, in ihrem Interesse liegt, ja von diesem Inter-

esse gefordert wird. Dieser Zeitpunkt wird nach meiner Überzeugung kommen“ (MICHAELIS 1922: 131). Menschen späterer Generationen können darin wohl eher eine dunkle Vorahnung sehen.

Der Erste Weltkrieg wurde unter dem Einsatz neuer Waffen wie Flugzeuge, U-Boote, Panzer oder Maschinengewehre vier Jahre und vier Monate geführt. Die Länge dieses Konfliktes erschreckte das japanische Militär, denn es hatte im Russisch-Japanischen Kriege unter Einsatz aller Kräfte höchstens ein Jahr und drei Monate kämpfen können.

Durch den Pariser Friedensvertrag begann auch für Japan eine Zeit der Abrüstung, und Demokratisierungstendenzen erhielten starken Auftrieb. Das Offizierskorps verlor sein früheres Prestige, aber Japan fühlte sich durch die bolschewistische Gefahr bedroht. In dieser Situation kamen einige Armeeeoffiziere auf den Gedanken, für den „totalen Krieg“ zu rüsten, wie ihn im Ersten Weltkrieg Erich von Ludendorff als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung organisiert hatte. Während der Weimarer Zeit glaubten sie noch, daß in der sogenannten „sozialistenreinen“ Reichswehr, wie von General von Seeckt oder Ludendorff verkörpert, die Tradition des preußischen Soldatentums weiterlebe.

Nach der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Deutschland und Japan propagierte Karl Haushofer eine Verstärkung der Annäherung zwischen beiden Ländern. Dieser ehemalige Major der Bayerischen Armee war von 1908 bis 1910 als militärischer Beobachter bei dem japanischen Heer gewesen und hatte 1913 seine Eindrücke in einem Buch mit dem Titel *Dai Nihon* [Groß-Japan] veröffentlicht. Er wurde später bekannt als „Geopolitiker“, und seine Werke fanden in Japan viele Leser, wo er auch mit Militärs, Politikern und Akademikern in Kontakt stand. Haushofer pries wie Michaelis Japans Werdegang zur Großmacht als „einen einzigartigen Vorgang in der Staatengeschichte der Menschheit“ (HAUSHOFER 1938: 5). Er wies auch auf die auffallenden Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und Japan hin:

Wer den Problemen der vergleichenden Kultur-, Macht-(politischen) und Wirtschaftsgeographie und -geschichte noch so ablehnend gegenübersteht, kann es doch nicht leugnen, daß das alte deutsche wie das altjapanische Reich [...] nach mancher seltsamen Gleichläufigkeit ihres Lebensganges um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine letzte Periode etwa gleichzeitiger Erniedrigung und Auflösung uralter und feudaler Reichsform erlebten. Zugleich trafen beide Reiche Demütigungen von außen her, die beide anspornten, mit aller Kraft eine Erneuerung anzustreben, die sie, das eine 1869, das andere 1870, [...] mit monarchischer Spitze und einem klug abgewogenen Gleich-

gewicht monarchischer wie aristokratischer und demokratischer Motive in ihren Verfassungen erlangten (HAUSHOFER 1930: 8).

Von Haushofer übernahmen die Japaner den Begriff „Lebensraum“. Schon seit der Mitte der Meiji-Zeit begannen sie, unter der Überbevölkerung zu leiden, so daß viele von ihnen nach Nord- und Südamerika oder auf die Hawaii-Inseln auswanderten. Diese als fleißig geltenden Immigranten aber wurden, besonders in Nordamerika, als eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens empfunden. Für die Japaner war deswegen der Gedanke verführerisch, daß ihre Probleme durch die Expansion über Korea bis tief in das chinesische Festland, wie man damals die „japanische Lebenslinie“ definierte, gelöst werden könnten. Ihre Überzeugung ähnelte stark den Zielen Hitlers, der den neuen Lebensraum im Osten Europas, also relativ nahe am eigenen Mutterland, und nicht etwa in fernen überseeischen Besitzungen sah.

9. DIE ZEIT DES „DRITTEN REICHES“

Bei der Machtergreifung Hitlers glaubten viele Japaner, das Dritte Reich werde an den Traditionen Preußen-Deutschlands festhalten. In dem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März 1933 glaubte man die Synthese von Preußentum und den neudeutschen Idealen der Nationalsozialisten verwirklicht.

Am 7. Juli 1937 wurde der Chinesisch-Japanische Krieg mit einem Feuerwechsel zwischen japanischen und chinesischen Truppen in Nordchina eingeleitet. In der japanischen Armee herrschte die Überzeugung, daß der Konflikt nach kurzer Dauer für sie siegreich beendet würde. Durch den kampfentschlossenen Geist der Chinesen aber, die den Japanern keineswegs Zugeständnisse zu machen bereit waren, zog sich der Krieg bis zur japanischen Katastrophe im August 1945 hin.

Nach der „Entfesselung“ des Zweiten Weltkrieges 1939 und der Niederlage Frankreichs durch den „Blitzkrieg“ Hitlers bemühte sich Japan um die Expansion nach Südostasien, soweit es unter niederländischer und französischer Herrschaft stand. 1940 wurde der Dreimächtepakt zwischen Japan, Deutschland und Italien abgeschlossen, dessen Ziel die Herstellung einer „Neuen Ordnung in Asien und Europa“ und die Erzwingung der amerikanischen Neutralität waren. Ein halbes Jahr nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion eröffnete Japan den Pazifischen Krieg mit dem Überraschungsangriff auf Pearl Harbor vom 7. Dezember 1941. Bis Ende Dezember besetzte es Hongkong und den größten Teil der Philippinen. Im Februar des nächsten Jahres kapitulierte

Singapur. Dieser siegreiche Zug sah beinahe so aus, als ob die Japaner auch aufeinanderfolgende Blitzkriege geführt hätten. Die Regierung in Tōkyō hoffte, daß die Sowjetunion im Winter 1941 zusammenbrechen würde, damit die Alliierten die Achsenmächte um Frieden bitten müßten. Zwei Tage vor dem Beginn des Pazifischen Krieges aber begannen die erfolgreichen sowjetischen Gegenoffensiven im Raum um Moskau, wodurch das „Unternehmen Barbarossa“ zu scheitern drohte.

Im Jahre 1943 rückten die Siegeshoffnungen, sowohl in Deutschland als auch in Japan, in immer weitere Ferne. Am 2. Februar endete der Kampf um Stalingrad mit der Kapitulation der 6. Armee. Erst jetzt rief der Reichsminister für Propaganda, Joseph Goebbels, zum „totalen Krieg“ auf. Am 8. Februar zwangen die US-Truppen nach viermonatigen Kämpfen die Japaner zur Räumung der Salomonen-Insel Guadalcanal. Ein halbes Jahr später wurden alle Hochschulstudenten in Japan mit Ausnahme von denen der medizinischen und technischen Fakultäten größtenteils als Reserveoffiziere einberufen und damit die japanischen Maßnahmen zur Führung des totalen Krieges verwirklicht. Es war aber schon zu spät, denn das Deutsche Reich und Japan befanden sich längst auf dem Weg in die Katastrophe.

10. DIE NACHKRIEGSZEIT

In der Nachkriegszeit wurden Japan wie Westdeutschland einem Demokratisierungsprozeß unterzogen. Für beide wurden die USA zum wichtigsten Partner. Dabei verblaßte zwar die Erinnerung an ihre alten Bindungen, aber schnell entwickelten sich freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Immer mehr japanische Touristen fahren nach Deutschland. Die Hauptsehenswürdigkeiten dort finden sie aber weniger in Brandenburg-Preußen, sondern vielmehr in Bayern, in Baden-Württemberg und am Rhein: Neuschwanstein, München, die Romantische Straße, Heidelberg oder auf Dampferfahrten auf dem Rhein, vorbei an Burgruinen und der Loreley. Von Preußen ist nicht mehr die Rede. Nur die populären Brandenburgischen Konzerte von Johann Sebastian Bach erinnern noch daran.

Nun ist Berlin die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland geworden. Sie könnte vielleicht in zehn Jahren die wichtigste Stadt Europas werden, wie die Stadt an der Spree in der Weimarer Zeit die aufregendste Metropole der Welt gewesen ist. Dann wird Berlin sicher zum Hauptziel der Japaner in Deutschland werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- BECKER, Bert (Hg.) (2001): *Georg Michaelis. Ein preußischer Jurist im Japan der Meiji-Zeit. Briefe, Tagebuchnotizen, Dokumente 1885–1889*. München: iudicium verlag.
- BISMARCK, Otto von (1926): *Die gesammelten Werke*, Bd. 8, hg. von Willy Andreas. Berlin: Stollberg.
- GAIMUSHŌ (Hg.) (1969): *Nihon gaikō nenpyō narabini shuyō bunsho* [Japanisches Außenministerium (Hg.): Chronologie und Hauptdokumente der japanischen Diplomatie], Bd. 1, Tōkyō: Hara shobō.
- GOLLWITZER, Heinz (1962): *Die gelbe Gefahr*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Die Große Politik der europäischen Kabinette von 1871–1914* (Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Bd. 9 (1924)). Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.
- HAUSHOFER, Karl (1930): *Japans Reichserneuerung*. Berlin: de Gruyter.
- Ders. (1938): *Alt-Japan. Werdegang von der Urzeit bis zur Großmacht-Schwel-
le*. Berlin: de Gruyter.
- KANT, Immanuel (1968): *Kants Werke*. Bd. 2, Akademie-Textausgabe. Berlin: de Gruyter.
- KUME, Kunitake (Hg.) (1979): *Tokumei zenkentaishi, Bei-Ō kairan jikki* [Die Berichte der Rundreise des bevollmächtigten Botschafters nach Amerika und Europa]. Bd. 3, Tōkyō: Iwanami bunko.
- MATHIAS-PAUER, Regine (1984): Deutsche Meinungen zu Japan – Von der Reichsgründung bis zum Dritten Reich. In: KREINER, Josef (Hg.): *Deutschland und Japan, Historische Kontakte*. Bonn: Bouvier.
- MICHAELIS, Georg (1898): *Was ist Kiautschou wert?* Berlin: D. Reimer.
- Ders. (1922): *Für Volk und Staat. Eine Lebensgeschichte*. Berlin: Furch-Verlag.
- Ders. (1923): *Weltreisegedanken*. Berlin: Furch-Verlag.
- ŌTSUKA, Minao (1977): *Meiji ishin to Doitsu shisō* [Meiji-Restauration und deutsches Denken]. Tōkyō: Nagasaki shuppan.
- Die Preußische Expedition nach Ost-Asien nach amtlichen Quellen* (1866). Bd. 2, Berlin: Verlag der Königlich Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.
- TIRPITZ, Alfred (1919): *Erinnerungen*. Leipzig: Koehler.
- Yomiuri Hōchi* 8.12.1944.